

Bilanz und Perspektiven der Transformationsforschung

Interview mit Michael Vester, Hannover¹

hso: Wir möchten auf eine Diskussionsrunde an der Universität in Dresden zurückkommen, die im Januar 1998 stattgefunden hat und in der Sie eine sehr kritische Position zu Bilanz und Perspektiven der Transformationsforschung vertreten haben. Unter anderem zur Frage der Methodeninnovation, aber auch zur Förderpraxis und zur Politikrelevanz dieser Forschungen. Das würden wir ganz gern vertiefen in einem erneuten Bilanzierungsversuch. In der Diskussionsrunde wurde damals die Meinung vertreten, Methodeninnovation habe es so richtig nicht gegeben. Man sei mit dem alten Instrumentarium ins neue Feld gesprungen, hätte keine andere Chance gehabt, sich methodisch gegenstandsadäquater zu verhalten. Es gab lediglich Methodenpluralität und -parallelität der Ansätze, mit denen man versucht habe, empirisch Material einzufangen. Sie haben damals eine etwas andere Position vertreten. Sie kritisierten, daß es auch Ausgrenzung gab, nicht eine prinzipielle Offenheit gegenüber allen Ansätzen. Und Sie kritisierten vor allem auch die Fachscheuklappen, die nicht überwunden worden seien, die fehlende Interdisziplinarität der Forschung.

„Verteilung der Transformationsforschungsmittel in den Händen einer Hierarchie von Bürokratien“

Michael Vester: Eigentlich hätte der Prozeß der Transformation der DDR-Gesellschaft konsequent interdisziplinär erforscht werden müssen, vor allem auch mit Blick auf die Geschichte dieses Territoriums. Wir haben eine lange gemeinsame Geschichte, die hat sich erst nach 1945 gegabelt und dabei haben beide Gesellschaften, die ostdeutsche und die westdeutsche, zum einen sehr verschiedene Entwicklungen gehabt, zum anderen aber auch ähnliche. Zum Beispiel, wenn Wolfgang Engler die frühere DDR ei-

¹ Das Interview wurde am 25.2.2000 in Hannover geführt. Die Fragen stellte Monika Gibas.

ne „arbeiterliche“ Gesellschaft nennt, so nennt man die westdeutsche eine arbeitnehmerische, was das Aufrücken des früheren Proletariats in die gesellschaftliche Mitte beschreibt. Ein historischer, also interdisziplinärer Ansatz wäre notwendig gewesen, hatte aber gar keine wirkliche Chance. Die Verteilung der Mittel für die Transformationsforschung lag in den Händen einer Hierarchie von Bürokratien. Zuerst die Staatsbürokratie einer konservativen Regierung, darunter Wissenschaftsfunktionäre, die teilweise noch aus der sozial-liberalen Zeit kamen. Dazu kam ein Verteilungsschlüssel, der sehr stark die mächtigen Richtungen der Sozialwissenschaften begünstigte. Ich weiß noch ziemlich genau, daß bei dem großen DFG-Programm zur Transformationsforschung Richtungen, die nicht so gut bekannt waren, bei der Begutachtung mit sehr wertenden Urteilen ausgegrenzt worden sind. Ihnen wurde keine Chance gegeben, weil sie zwischen den Stühlen saßen.

Auf dem einen Stuhl saß die große, quantitative Sozialforschung, die ja ein Imperium ist, und die ja auch nicht nur quantitativ forscht, bis zum Wissenschaftszentrum Berlin. Auf dem anderen Stuhl saß die kritischere Wissenschaft, die sich in qualitativen Kleinforschungen eingerichtet hatte. Eine Forschung, die dazwischen oder quer dazu verlief, z.B. nach einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz wie dem von Bourdieu, war in einer hoffnungslosen Minderheit. Das war in der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) so, aber es war eigentlich auch in der Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels (KSPW) so. Im Rahmen der KSPW konnten nur solche Projekte gefördert werden, die durch ostdeutsche Forscher realisiert wurden. Kooperationspartner im Westen durften nicht gefördert werden. Das wurde zum Problem für eine kritische linke Strömung in Westdeutschland, die damit in beiden Förderprogrammen ausgegrenzt blieb. Umgekehrt wurden innovative Ansätze, die es im Osten durchaus gab, zum Beispiel bei den Kulturwissenschaftlern um Dietrich Mühlberg, zu denen wir schon vor 1989 gute Kontakte hatten, nicht anerkannt. Dietrich Mühlberg ist, wie andere auch, auf eine ganz unsägliche Weise abserviert worden.

Diese unorthodoxen Richtungen, die zwischen den Systemen lagen, wurden also in beiden Fördermodellen ausgegliedert mit Argumenten, die keine waren und die auch gar nicht öffentlich ausgetragen werden konnten. Es gab darüber keine Diskussion. Wir selbst haben dann, gefördert durch das Land Niedersachsen und die Hans-Böckler-Stiftung, mit sehr guten Partnern in Leipzig und Ostberlin die Forschung über den Milieu-

also Klassenkulturwandel begonnen. Wir hatten aber keine Chance, das zu Ende zu führen, und unsere ostdeutschen Freunde hatten und haben bis heute auch sehr große Schwierigkeiten.

„Abgelehnt ohne Begründung: man hatte die Macht“

hso: Keine Chance, was heißt das konkret? Keine Fördermittel?

Vester: 1990/91 hatten wir ein kleines ost-westdeutsches Gemeinschaftsprojekt über den Wandel der ostdeutschen Sozialstruktur (nach dem Ansatz Bourdieu) bei der DFG beantragt. In der entscheidenden Ausschusssitzung der DFG haben zwei Gutachter, Vertreter der großen quantitativen Forschung, viele Projekte anderer Richtungen verhindert, so auch unseres. Sie kamen von einer anderen Tagung aus einem Sonderforschungsbereich einer großen westdeutschen Universität und haben gesagt, diesen Milieuansatz haben wir dort schon abgelehnt, den lehnen wir jetzt hier auch ab. Ohne Begründung, weil man die Macht hatte. Andererseits waren dann bei der DFG noch einige Millionen Mark an Fördergeldern frei, die dann gar nicht ausgegeben wurden. Es lag daran, daß es sich um Richtungsentscheidungen handelte. Darüber wird nicht offen geredet. Man redet offiziell sogar sehr nett miteinander, druckt Aufsätze voneinander ab und kommt auf Fachtagungen zusammen. Intellektuell besteht gegenseitige Anerkennung, auch für den Ansatz von Bourdieu und von uns. Aber wenn es um die Mittelverteilung geht, dann geht es knallhart zu. Das heißt, die Wissenschaftsstruktur ist in Wirklichkeit vermachtet und kartellisiert.

„Verengter Blick auf die Wandlungsprozesse“

hso: Sie hatten damals in dieser Diskussion auch gesagt, es hätte von Anfang an einen blinden Fleck der Transformationsforschung gegeben. Der Fokus der Forschung war zunächst sehr stark auf den Prozeß des Wandels der DDR gerichtet, seltener schon auf den der anderen Gesellschaften des ehemals sozialistischen Ostens. Man habe aber vor allem, so Ihre Position, die globalen Prozesse, in denen dieser Zusammenbruch der Ostsysteme stand, nicht im Blick gehabt. Und man habe auch zu keinem selbstreflexiven Bezug auf die neue Lage, in die die westlichen modernen Industriegesellschaften im Globalisierungsprozeß gerieten, gefunden.

Vester: Ja, dabei bleibe ich auch, es war ein verengter Blick auf die Wandlungsprozesse, die im Osten stattfanden. Es wurde versäumt, die makroökonomischen Prozesse, die dahinter stehen, mit einzubeziehen, obwohl alle Regulierungsmechanismen, die vom Staat oder von der Gesellschaft angewandt werden, sich auf die Märkte und deren Veränderungen seit Eintritt der großen Nachfragekrise, seit den siebziger Jahren, beziehen. Das ist ein großer Schwachpunkt der Transformationsforschung, die Fachenge. Diese Fachenge bedingt, daß zwar die verschiedenen methodischen Zugänge für sich genommen immer sehr gute Befunde liefern. Aber wenn man sie nicht zusammenbringt, sind sie wie Mosaiksteine, von denen man nicht weiß, in welches Bild sie sich fügen. Das wäre aber ohne weiteres möglich, etwa nach Bourdieus Ansatz oder nach anderen Ansätzen. Ein globalerer Blick auf den Zusammenbruch des Ostblocks hätte gezeigt, daß diese Staaten nur die ersten waren, die die Rechnung des wachsenden Weltmarktdruckes zu bezahlen hatten. Denn auch bei uns, in den hochentwickelten westlichen Industriestaaten, ist die Entwicklung durch diese sogenannte Globalisierung seit Ende der siebziger Jahre in einer Krise.

hso: In der erwähnten Diskussionsrunde zu Bilanz und Perspektiven der Transformationsforschung wurde die Position vertreten, einen solchen Zugang hätte es in den achtziger Jahren gegeben, der sei aber unter dem Druck der Vereinigungskrise aus dem Blick geraten.

Vester: Also zunächst muß man konstatieren, daß ein großer Teil der Linken ein Fiasko, einen Zusammenbruch erlebt hat, weil sie zu den orthodoxesten, plattesten vulgär-materialistischen Theorien zurückgekehrt war in den achtziger Jahren. Mit diesem materialistischen Strukturalismus, d.h. aus der reinen ökonomischen Lage nach der Erwerbsstatistik, kann man kein alltagspraktisches und politisches Verhalten erklären. Das heißt, es gab von der linken Seite kaum Positionen, die auf die neue Lage adäquat reagieren konnten. Es gab nur noch zwei einflußreiche Strömungen, einerseits die differenzierende Ungleichheitsforschung der Schule von Bolte und Beck und andererseits die sehr technische Forschung der Kölner Schule oder Rheinschiene, die das versuchten. In beiden Strömungen wurde gut diskutiert, aber nie mit gesamtgesellschaftlichem Bezug. Beim Einstieg in die Forschungen zur Transformation der ostdeutschen Gesellschaft gab es auch nicht den Versuch, mal vorab eine Theorie zu entwick-

keln, das heißt, wir gehen dahin und überlegen erstmal, wie kann man das fassen, was da läuft. Vielmehr wurden relativ schematisch bestimmte mechanische Formen von begrenzter Theorie und Empirie angewendet.

„Theorien unüberprüft übernommen“

hso: Eine kritische Prüfung tradierter, am empirischen Material der westlichen Gesellschaften entwickelter Theorieansätze hat es also nicht gegeben?

Vester: Man hat nicht geprüft. Man hat Theorien unüberprüft übernommen, die am empirischen Fall eines hochinstitutionalisierten, politisch-gesellschaftlichen Systems geschärft waren, insbesondere an der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft bis in die siebziger Jahre, wo anscheinend alle Systeme funktioniert hatten, wo alles berechenbar war. Es gab keine Theoriendebatte. Aber dann stellte man irgendwann fest, daß über den zentralen Institutionen das Wichtigste vergessen worden war. Daß das Entscheidende der europäischen Sozialordnungen, von Schweden bis Italien, bis auf die Iberische Halbinsel der Korporatismus ist. Das heißt, daß hier die sozialen Gruppen sehr gut repräsentiert sind durch die Gewerkschaften einerseits, durch Unternehmer und ständische Interessen, durch die Kirchen andererseits und daß eine Demokratie, die nur auf das politische System blickt, auf Rechtsordnungen, auf Bürokratien, Straßenbau und was es sonst so gibt, auf Wahlverfahren, nicht erkennt, daß die eigentliche Stärke des kontinentaleuropäischen Modells auf der Selbstregulierung durch soziale Gruppen beruht. Das hat im Prinzip auch die Stabilität der Nachkriegszeit ausgemacht.

Die Nachkriegszeit, die Nachkriegsgesellschaften in Europa, das war ja nicht der Kapitalismus als solcher, sondern es war ein neues Verhältnis zwischen den sozialen Gruppen und Klassen, auch zur Arbeiterklasse. Die europäische Entwicklung nach 1945 stand unter der tiefen Überzeugung, daß es eine demokratisch-sozialistische Alternative zur Sowjetunion gab. Das war Schweden und das war bis 1950 auch Großbritannien. Die haben einen umfassenden Gesundheits- und Sozialdienst eingeführt, sie haben sozialen Wohnungsbau bis auf die Gemeindeebene heruntergebracht, sie haben den Gemeinden und Regionen mehr Rechte gegeben, sie haben den Aufbruch auch motiviert. Es gab also so etwas wie einen echten dritten Weg, eine arbeiterische Richtung. Dieser soziale Korporatismus war

praktisch eine Akteursmobilisierung. Es ist ganz merkwürdig, daß die Forschung das nicht aufgegriffen hat. Da gab und gibt es die entscheidenden Lücken.

Beim Einstieg in die Erforschung der Transformation der ostdeutschen Gesellschaft nach 1989 blieb das ein Desiderat. Die Politologen haben sich auf das politische System im engeren Sinne beschränkt. Thematisiert wurden die Institutionen. Aber daß die Akteure mobilisiert werden müssen, das blieb unberücksichtigt, nicht nur in der Politik, auch in der Forschung. Natürlich hat es gute Gewerkschaftsforschung gegeben, die einzelnen Gewerkschaften haben da ganz hervorragend gearbeitet. Aber es ist ganz komisch, daß diese von der Hans-Böckler-Stiftung finanzierten Forschungen, etwa zum Wiedererstehen von arbeitnehmerischen Akteuren, kaum Beachtung finden. Also, es gab im Grunde genommen eine ‚fachidiotische‘ Verengung jedes einzelnen Arbeitsgebietes.

Was also fehlt, ist eine gesamtgesellschaftliche Zusammenschau der Befunde, nicht unähnlich der Weise, in der jeder Bürger und jede Bürgerin das eigentlich tun. Diese haben ein Bild davon, wie die Gesamtgesellschaft aussieht. Die Gesellschaft ist entweder wie eine Pyramide aufgebaut oder als zwei Lager, die sich gegenüberstehen, oder als ein Feld, in dem man sich hochkonkurriert. Die Bürger haben Vorstellungen von der ganzen Gesellschaft, nur die Wissenschaft hat offenbar keine mehr, auch die in der linken Tradition stehende nicht. Die bundesdeutsche Linke, auch die unorthodoxe, die nichtkommunistische, hatte eine wirklich große Chance in den siebziger Jahren in der Wissenschaft in Westdeutschland. Sie konnte Positionen erwerben und hätte ihre Paradigmen weiterentwickeln können. Das heutige Vorpreschen der neoliberalen Seite ist nicht nur mit deren Stärke zu erklären. Man muss selbstkritisch sagen, daß die Linke selbst wohl auch nicht genug getan hat. Die vielen Sozialwissenschaftler an westdeutschen Universitäten, die in dieser linken Tradition standen, haben sich in den fachlich verengten Traditionen verheddert und innerhalb der Wissenschaftslandschaft eine Strategie der Nischenbildung entwickelt.

„Integration von Theorie und Empirie: darauf hätte umgesteuert werden müssen“

Vor allem Soziologen haben sich in die Nische der nicht hoch angesehenen qualitativen Forschung gegeben, damit aber auch den Anspruch, für

das Ganze der Gesellschaft Analysen und vor allem Prognosen zu liefern, aufgegeben. In der Biographieforschung zum Beispiel konzentrierte man sich ganz überwiegend auf individuelle Biographien. Nur der Historiker Lutz Niethammer hat mit der Biographieforschung noch beanspruchen können, für das Ganze der Gesellschaft etwas auszusagen. Daß das geht, kann man ja auch bei Bourdieu sehr gut sehen. Er hat mit diesem Instrument das Elend beschädigter Biographien von Modernisierungsverlierern thematisiert – und damit auch das, was das Gemeinsame der negativen Erfahrungen in Ost und West ist. Er hat gezeigt, daß es sehr wohl möglich ist, mit solchen Ansätzen eine öffentliche Akzeptanz zu finden. Die etablierte linke Theorie hat neue Herausforderungen, so auch die von Bourdieu, abgewehrt. Auch Habermas hat Bourdieu einfach auflaufen lassen, ihm Determinismus vorgeworfen, was wirklich unzutreffend ist. Bourdieu hat ein klares Ethos, das für Gleichheit, gleiche Chancen ist. Ich sag es mal ganz ungeschützt: Es ist vom Herzen her gedacht, aber es ist vom Kopf her auch perfekt, also es ist auf einem hohen theoretischen Niveau, und es ist auch technisch perfekt. Diese Empirie wird übrigens in Köln auch sehr anerkannt. Eine solche Integration von Theorie und Empirie gibt es hier nicht. Hier gibt es nur einerseits die große, überfliegende Theorie, Habermas etwa, und andererseits eine bodenbezogene qualitative Forschung ohne ein gesamtgesellschaftliches Bild. Da hätte man umsteuern können und müssen nach 1989.

Jetzt stellen die Neoliberalen, nicht die Linken, diese Fachscheuklappen in Frage, sagen, wir müssen über die Fachgrenzen zusammenarbeiten, die ständische Abschottung der Fächer überwinden. Die zwingen uns, horizontal zusammenzuarbeiten durch eine gewisse Form der Haushalts-, der Planungspolitik, und dieser Teil ihrer Politik ist gut. Wir hoffen nur, daß wir das auf eine pädagogische, humanistische Weise strukturieren können. Es gibt einen ganzen Teil Professoren – ob links oder rechts, ist hier nebensächlich –, die nur an ihren Privilegien hängen, die sagen, ich kann machen, was ich will, ich kriege sowieso mein Gehalt. Das da jetzt über ein paar Veränderungen nachgedacht wird, die das korrigieren, die durchaus innovationsfördernd sein könnten, finde ich gut.

„Wir haben eine Innovation gesamtgesellschaftlicher Analyse versucht“

hso: Gab es in der neuen Situation 1989/90 und folgende Versuche, mit diesem Zustand zu brechen und neue Forschungsrichtungen, neue methodische Zugriffe im Pool der drittmittelfinanzierten Transformationsforschung zu etablieren?

Vester: Ja. Also, wir haben versucht, eine Innovation der gesamtgesellschaftlichen Analyse zu entwickeln, schon vor dem Zusammenbruch des Ostens. 1988 haben wir ein größeres Projekt über den Wandel der Klassenmilieus begonnen, finanziert von der Volkswagenstiftung. Das ist ein Stück Grundlagenforschung gewesen, die den englischen kulturmaterialistischen Ansatz von Williams, Hall und Thompson mit dem von Bourdieu verband. Es ging um die Frage, wie sich Milieus und Klassen wandeln. Diese Studie nun wollten wir nach 1989 für Ostdeutschland weiterführen. Wir haben sehr viel investiert, mit Partnern in Ostberlin und in Leipzig, um Leute auszubilden. Wir haben in Leipzig zum Beispiel hervorragende Studentinnen und Studenten gehabt, die sich mit Hannoverschen Studenten verbunden haben und gelernt haben, wie man die Methoden anwendet. Wir hatten hervorragende Vorbereitungen mit Kollegen wie Michael Hofmann und Dieter Rink in Leipzig, Irene Zierke in Ostberlin. Wir hatten uns drei Regionen in Ostdeutschland ausgesucht, hatten Unterstützung der Leipziger und der Brandenburger Akteure, wollten noch in eine andere Region und hatten das eigentlich alles angelegt. Wir konnten das wegen der abgelehnten Förderung nicht realisieren, aber immerhin mit Hilfe der Böckler-Stiftung und des Landes Niedersachsen eine Pilotuntersuchung durchführen. Deren Ergebnis wurde dann in dem Buch „Soziale Milieus in Ostdeutschland“ zusammengefaßt.² Aber eine Längsschnittuntersuchung hat es nicht gegeben.

Die Leipziger Fallstudien in dem Buch haben bis in die Tiefe der Geschichte gearbeitet, zum Beispiel für das Braunkohlemilieu oder einzelne Facharbeitermilieus in Leipzig seit dem Kaiserreich. Man konnte zeigen, daß seit dem Kaiserreich immer wieder die gleiche Struktur wiederkehrt. Das stellte natürlich die Annahme systemtheoretischer, modernisierungs-

² Michael Vester/Michael Hofmann/Irene Zierke (Hg.): Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung, Köln 1995.

theoretischer Ansätze in Frage, die die Gravitation historisch-gesellschaftlicher Kräfte ausblenden. Solche Ansätze verkennen, daß Regionen ihre eigenen Milieus haben, die relativ stabil sind. Und diese sind wiederum Produktivkräfte. Die Produktionsverhältnisse haben sich mehr oder weniger immer nach diesen Produktivkräften gerichtet, ein bißchen Marx würde ja nicht schaden. Das war eines unserer interessanten Ergebnisse.

In Leipzig haben wir zum Beispiel herausbekommen, daß der Braunkohlestandort von Espenhain dort eine von Staats wegen hingeseetzte Industrie war, schon von den Nazis. In diesem Industriezweig gab es schon immer eine starke Spaltung zwischen einer sehr qualifizierten Ingenieurs- und einer sehr unqualifizierten Handarbeiterebene. Bei den Leipziger Kranbauern dagegen gab und gibt es die Struktur von hochqualifizierten Facharbeitern, deren Söhne und Töchter heute in vielen spezialisierten Berufen unterkommen können, weil sie das Können haben. Wir haben mit Brandenburg an der Havel eine Stadt kennengelernt, die schon Ende des 19. Jahrhundert aus dem ganzen Deutschen Reich wie ein Magnet die besten handwerklich arbeitenden Familien angezogen hat. Die Familien gibt es heute noch, die können das erzählen. Brandenburg hat eine der besten Automobilfabriken gehabt. Das war ein Produktionspotential, nach dem sich andere die Finger geleckt haben. Mit dieser Studie hatte man prototypische Beispiele, wie man Deindustrialisierung, aber auch Reindustrialisierung und industrielle Modernisierung beobachten könnte. Und da haben wir auch mit den Gewerkschaften, in diesem Fall mit der IG Metall, gut zusammengearbeitet.

Die Pilotstudie ist interessant, weil die Leipziger Partner es geschafft haben, die Stimme der Leute einzufangen. Da zeigt sich nämlich, daß es in der DDR in den Arbeitermilieus eine ganz lange, eigensinnige Geschichte gegeben hat. Etwa eines Morgens flatterte an einem Kran so ein Spruch: „So wie wir heute essen, werden wir morgen arbeiten!“, also eine Umdrehung der SED-Parole. Das hieß: wer hart arbeitet, soll gut leben. Und das ist auch die Mentalität: Man leistet etwas, aber dafür will man sich dann etwas leisten. Und da kann man sehen, was das für ein Volk ist, anders als das Bild von den angepaßten DDR-Bürgern.

„Wir hatten kein kulturelles Mißverständnis“

hso: Nun gibt es die Meinung, die Ostforscher haben sich angepaßt, haben begierig aufgesogen, was die Westwissenschaft methodisch-theoretisch zu bieten hatte, konnten aber methodisch selbst nichts einbringen in die Transformationsforschung. Welche Erfahrungen haben Sie mit ostdeutschen Kollegen machen können?

Vester: Ich würde das nicht so verallgemeinern. Unsere Erfahrung war eher das Gegenteil eines Kulturschocks. Denn wir haben zwischen den Leipziger Kollegen und uns eigentlich keine großen Unterschiede festgestellt, und auch zwischen unseren Studenten gab es kein kulturelles Mißverstehen. Es gab den Ossi-Wessi-Konflikt nicht, wir hatten kein kulturelles Mißverständnis mit den Leipziger Kulturwissenschaftlern, weder menschlich noch wissenschaftlich. Es gab gemeinsame Bezüge, auch methodisch-theoretisch. Denn in der DDR hatten sich bestimmte kulturwissenschaftlich orientierte Milieus schon sehr lange modernisiert und zwar vom selben Zeitpunkt an wie in der Bundesrepublik, nämlich seit Anfang der siebziger Jahre. Es gibt diesen nicht anerkannten oder nicht erkannten Teil der ostdeutschen Entwicklung, mit dem wir kompatibel waren und sind. Die Kollegen haben auch Bourdieu gelesen, schon vor 1989, haben neue Ansätze rezipiert. Da konnten wir anknüpfen, hatten eine gemeinsame Verständigungsbasis. Wir haben natürlich zusammen auch Neues gelernt, die ostdeutschen Kollegen haben auch von uns gelernt und wir haben auch von ihnen gelernt. Denn damals hatten wir den Ansatz von Bourdieu noch nicht weit genug methodisch umgesetzt. Bourdieu sagt nicht, wie er das macht, da mußten wir Methoden entwickeln und das haben wir zusammen getan. Dabei gab es natürlich auch Differenzen, aber es ist völlig falsch anzunehmen, daß die ostdeutschen Kollegen nichts einzubringen hatten in die Forschung. Es gab spezifische ostdeutsche Traditionen, die nicht in einem Rückstand gegenüber unseren Entwicklungen waren.

Die Leipziger Kollegen waren auch Ende 1989 sofort bei den Montagsdemonstrationen, haben den gesamten Umbruch mit Interviews begleitet. Leipzig hat eine urbane Kultur, eine liberale Kultur, die eigentlich nur mit einer Hansestadt vergleichbar ist. Das war die Wiege der deutschen Arbeiterbewegung, aber auch die Wiege der populären wissenschaftlichen Literatur. Dieser Schoß ist noch fruchtbar, da hat man über-

haupt nicht das Gefühl, man kommt als Lehrmeister dahin. Die Berliner Tradition ist anders, die Kolleginnen dort hatten andere Spezialisierungen, haben auch hervorragend interviewt und auch sehr schöne biographische Muster herausbekommen. Die Zusammenarbeit war daher rundum fruchtbar. Wir haben zusammen aus dem Material Entdeckungen gemacht. Etwa wie Lebensgeschichten in Familien verlaufen. Es gibt manchmal methodische, technische Dinge, die weiß der eine besser oder der andere, aber grundsätzlich geht es ja um die Art zu denken, um die Art sich einzufügen in den gemeinsamen Forschungsprozeß. Soziologie besteht nach Max Weber aus zwei Künsten: Verstehen und Erklären. Viele Soziologen können aber nicht verstehen. Sie müssen eine soziale Gruppe verstehen, die nicht intellektuell ist. Volksklassen verstehen heißt zunächst, daß man die eigenen Ideen in Frage stellt und sagt, ich muß jemanden verstehen, der nicht so ist wie ich. Und das war das Großartige an der Leipziger Kulturwissenschaft, und das ist auch das, was Mühlberg kann und die ganze Schule von ihm. Das sind Juwelen, und die hat man weggeworfen.

hso: Zum Abschluß noch die Frage nach der Praxiswirkung der Ergebnisse der Forschung. Gab es Nachfrage von Seiten der politischen Akteure, der Gestalter der Transformation? Gerade Ihre Forschungen zu gewachsenen Milieus und den Bedingungen ihres Wandels fördern ja interessante Ergebnisse zutage, die zeigen, daß man nicht einfach irgendwelche neuen Strukturen über bestimmte Regionen stülpen kann, sondern gewachsene Strukturen und tradierte Mentalitäten in Rechnung stellen muß, wenn gesellschaftliche Prozesse der Transformation gelingen sollen.

Vester: Dazu kann ich Ihnen ein konkretes Beispiel geben. Die bayerisch-sächsische Zukunftskommission, die Biedenkopf und Stoiber einberufen hatten, hat bei uns angerufen und Material erbeten. Man wollte wissen, ob es stimmt, daß die Deutschen wirklich so merkwürdig sind, sich beim Einkaufen nicht die Taschen packen lassen zu wollen. Man wollte wissen, ob die Deutschen billige persönliche Dienstleistungen in Anspruch nehmen würden. Es ging der Kommission um den Aufbau eines Sektors von Billigjobs in der Dienstleistungsbranche. Wir sagten: Nein, es gibt eine Linie in Europa, die verläuft irgendwo bei Paris, und südlich davon schändet körperliche Arbeit, und nördlich davon schändet sie nicht. Hier will jeder seine Arbeit selber machen. Das gehört zu unserer Ehre, und wir sagten,

das kriegen Sie nicht weg. Unser Rat war, lassen Sie die Finger davon, Sie können keinen akzeptierten Niedriglohnsektor schaffen, weil die Mentalität das nicht trägt. Unsere Position fand aber kein Gehör. Wir sind dann aber noch in der Literaturliste aufgetaucht. In diesem Falle wollte man keinen wissenschaftlichen Rat, sondern man hatte ein ideologisches Konzept der konservativen Hierarchisierung der Gesellschaft, und das sollte realisiert werden.

„Die Sozialwissenschaften: vollständig ausgegrenzt aus den großen Diskursen über politische Gestaltungskonzepte“

Bei anderen gibt es durchaus ein großes Interesse für solche Forschungen. Die Ergebnisse werden hier bei uns im Westen vor allem von intermediären Akteuren abgefragt: den Kirchen, den Gewerkschaften und der Erwachsenenbildung, den großen Städten, den Landkreisen. Wo sich die Gesellschaft mit der Politik berührt, da entsteht auch Interesse. Es gibt dort überall ausgesprochen kritische Leute, auch in den Kirchen. Die Evangelische Akademie in Loccum hat mit uns zum Beispiel ein Kirchenprojekt gemacht über den Wandel von Milieus. Unsere kleine Forschungsstelle wurde vom Land Niedersachsen konsequent weitergefördert. Also, es gibt die Nachfrage nach einer bürger- und praxisnahen Forschung, aber ganz oben nicht. Nach unseren Erfahrungen ist es eine Illusion, ganz oben, auf der Ebene der großen Politik irgend etwas erreichen zu können. Wenn wissenschaftliche Ergebnisse oben ankommen, gibt es sofort eine gegnerische Fraktion, die das durchkreuzt. Das heißt, die Sozialwissenschaften sind praktisch vollständig aus den großen öffentlichen Diskursen über politische Gestaltungskonzepte ausgegrenzt. Sie haben da keinen Einfluß, sondern sie sind ein Alibi. Deswegen glaube ich, die richtige Strategie wäre, daß die Sozialwissenschaften sich um ihre intermediären Akteure kümmern. Das heißt, eine Universität um die Unternehmen, Gewerkschaften, Kirchen, Theaterhäuser usw. ihrer Region. Und daß sie mit denen diskutiert, die sich wirklich interessieren, denn da, an der Basis der Gesellschaft, entsteht so etwas wie stabile Meinung, da gehören wir ja auch hin. Ich denke sogar, daß der Föderalismus, den wir haben und der Korporatismus, ein demokratischer Korporatismus – daß das die wirklichen Partner und Adressaten von Forschung sein müssen.